



Nachhaltigkeit braucht politische Weitsicht

Der **Ökologische Landbau** erfüllt wesentliche Ziele der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik. Er stellt das landwirtschaftliche Produktionssystem dar, das die in der landwirtschaftlichen Produktion eingesetzten Ressourcen am effektivsten, weil am nachhaltigsten nutzt. Der Erhalt der Biodiversität und einer vielfältigen Landschaft, die Förderung der Bodenfruchtbarkeit und ein respektvoller Umgang mit Nutztieren, geringer Energieeinsatz, verminderte Produktion von Klimagasen und die Bereitstellung zusätzlicher Arbeitsplätze im ländlichen Raum gehören zu den Eckpfeilern des Ökologischen Landbaus. Diese gesellschaftlichen Leistungen des Öko-Landbaus müssen mit der Neugestaltung der europäischen Agrarpolitik nach 2013 stärker honoriert werden.

Deshalb fordert Naturland:

- **Erhalt des Agrar-Budgets im EU-Haushalt**

Das Leitbild einer multifunktionalen Landwirtschaft, die vielfältige, von der Gesellschaft erwünschte Leistungen erbringt, kann nur auf Grundlage einer ausreichenden Mittelausstattung erreicht werden. Der Schutz von Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft, Tieren und biologischer Vielfalt sowie die Bewahrung einer ländlichen und dörflichen Kultur sind über die niedrigen Lebensmittelpreise allein nicht finanzierbar.

- **Bindung aller Agrar-Zahlungen der EU an konkrete gesellschaftliche Leistungen**

Nur mit überzeugenden Begründungen wird es gelingen, ausreichende Mittel für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum zu erhalten. In der neuen Förderperiode nach 2013 müssen die Direktzahlungen der sogenannten 1. Säule von der Erbringung gesellschaftlich relevanter Klimaschutz-, Umwelt- und Beschäftigungsleistungen abhängig gemacht werden. Eine pauschale Verteilung nach dem „Gießkannenprinzip“ ist nicht länger zu rechtfertigen.

- **Berücksichtigung des Faktors Arbeit in der Verteilung der Mittel**

Gelder für die Erhaltung der bäuerlichen Einkommen (1. Säule), müssen in Zukunft an Arbeitsplätze gebunden werden. Zahlungen, die sich wie bisher nur an der Fläche orientieren, bieten hohe Einkommen für diejenigen, die große Flächen industriell bewirtschaften und benachteiligen Betriebe, die vielen Menschen Arbeit bieten. Es sind die Menschen, die den ländlichen Raum lebendig halten. Eine beschäftigungsorientierte Agrarpolitik schafft Perspektiven in strukturschwachen Regionen, wirkt Landflucht entgegen und fördert regionale Wertschöpfungsketten und Innovation. In einem zukünftig geänderten System wird die derzeitige Modulation überflüssig.



- **Umschichtung der Ko-Finanzierungsmittel, um eine größere Unabhängigkeit der Agrar-Umweltprogramme von der Finanzlage der einzelnen Bundesländer zu erreichen**

Die Ko-Finanzierung von EU-Programmen durch Bund und Länder muss so umgestaltet werden, dass die Agrar-Umweltprogramme von der Finanzlage des jeweiligen Bundeslandes unabhängig werden. Bisher werden ausgerechnet die pauschalen Direktzahlungen (1. Säule) zu 100 % von der EU getragen. Die Honorierung besonderer gesellschaftlicher Leistungen aus der 2. Säule muss dagegen zu einem erheblichen Anteil mit Länder- und Bundesmitteln ko-finanziert werden. In Zukunft sind solche Maßnahmen mit einem möglichst hohen EU-Anteil auszustatten, die auf besonders hohe Leistungen der Betriebe in Natur-, Umwelt- und Tierschutz abzielen.

- **Erhalt /Ausbau der Honorierung der gesellschaftlichen Leistungen des Öko-Landbaus - Abbau von Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Bundesländern durch unterschiedliche Förderpolitiken**

Die Umstellung auf Öko-Landbau und die Beibehaltung der ökologischen Wirtschaftsweise müssen auch in Zeiten knapper Haushalte fokussiert gefördert werden, um sich der Nachfrage auf dem Markt für Öko-Produkte durch ein steigendes inländisches Angebot weiter anzunähern. Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, ist eine gerechte Anhebung und Abstimmung der Fördersätze deutschlandweit notwendig (siehe auch beiliegende Übersicht). Die unsichere Situation im Hinblick auf die Zeit nach 2013 darf nicht dazu führen, dass bestehende Förder-Verträge nicht verlängert oder Neu-Antragsteller abgewiesen werden. Hier sind pragmatische Übergangslösungen gefragt, um ein Minimum an Planungssicherheit für die Öko-Landwirte zu gewährleisten und nicht weitere wertvolle Marktanteile an das Ausland zu verlieren.

- **Förderung der Verarbeitung und Vermarktung von Öko-Lebensmitteln in Europa**

Nur die Produktion zu fördern, reicht nicht aus. Gleichzeitig müssen Verarbeitungskapazitäten geschaffen und die Nachfrage nach Öko-Lebensmitteln angekurbelt werden, um funktionierende Märkte und regionale Wirtschaftskreisläufe zu erhalten. Entsprechende Maßnahmen sind in der Förderpolitik nach 2013 unbedingt angemessen zu berücksichtigen.



- **Fortführung des Bundesprogramms Ökologischer Landbau auf hohem Niveau - Förderung der Forschung für den Ökologischen Landbau auch über andere Kanäle (BMBF, Bundesprogramm Biodiversität etc.)**

Das Bundesprogramm Ökologischer Landbau (BÖL) hat sich in den vergangenen Jahren als Innovationsmotor einer umfassenden Forschung für den Öko-Landbau erwiesen. Die Forschungsansätze müssen allerdings praxisorientierter und langfristiger werden. Verglichen mit den Ausgaben für z.B. die Forschung im Bereich der Biotechnologie ist das BÖL trotzdem selbst ein Nischen-Programm geblieben. Neben der Fortführung des Programms müssen deshalb auch andere Forschungsfördertöpfe für die Öko-Forschung geöffnet werden, um den Forschungsrückstand aufzuholen und den Öko-Landbau endgültig aus der Nische zu führen. Mit dem neu gegründeten „Verbund Ökologische Praxisforschung“ tragen die Öko-Landbau-Verbände ihren Teil dazu bei, relevante Forschungsergebnisse z.B. im Bereich des Leguminosenanbaus zu generieren und diese auch in die Praxis zu übertragen.

- **Besondere Förderung des Leguminosenanbaus als Beitrag zum aktiven Klimaschutz**

Leguminosen wie Bohnen, Erbsen und Klee können Stickstoff aus der Luft fixieren und als wertvollen natürlichen Dünger für die nachfolgende Kultur zur Verfügung stellen. Gleichzeitig liefern sie hochwertige Eiweißfuttermittel und fördern den Humusaufbau, was zu einer Kohlenstoffbindung im Boden führt. Eine Ausweitung der Anbaufläche hätte deshalb dreifach Vorteile: weniger Einsatz von klimaschädlichem Kunstdünger, weniger Futtermittelimporte aus Übersee und eine Verringerung des CO₂-Gehalts in der Luft durch die Festlegung im Humus. Hier muss die Förderpolitik richtungsweisende Impulse setzen, um den derzeitigen Abwärtstrend in der Anbaufläche umzukehren.

- **Mehrwertsteuerermäßigung für Öko-Produkte**

Klima- und umweltbewusste Verbraucher, die sich für Öko-Produkte entscheiden, zahlen derzeit einen doppelten Aufschlag – durch höhere Preise und durch die entsprechend höhere Mehrwertsteuer. Zusätzlich zahlen Öko-Konsumenten die gleichen direkten Steuern (z.B. Einkommenssteuer) wie jeder andere Bürger, obwohl Öko-Produkte dem Staat erwiesenermaßen geringere externe Kosten verursachen als vergleichbare konventionelle Produkte (z.B. für die Trinkwasserreinhaltung, die Beseitigung von Umweltschäden oder die Abmilderung des Klimawandels). Öko-Konsumenten werden durch ihre Kaufentscheidung also klar finanziell benachteiligt, obwohl ihr Konsum allen zugutekommt. Diese Benachteiligung muss durch einen reduzierten Mehrwertsteuersatz ausgeglichen werden.



- **Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die Existenz von gentechnikfreien Regionen und Schutz der gentechnikfrei wirtschaftenden Unternehmen**

Aufgrund des unkalkulierbaren Risikos gehört die Agro-Gentechnik zu den nicht versicherbaren Technologien. Das Vorsorgeprinzip verlangt, das Recht auf Selbstbestimmung und die Wünsche der Verbraucher anzuerkennen sowie die schleichende Verunreinigung ökologischer Lebensmittel mit gentechnisch veränderten Organismen zu stoppen. Gentechnikfrei wirtschaftende Unternehmen und Regionen müssen einen soliden gesetzlichen Rückhalt und mehr politische Unterstützung erhalten. Ein gentechnikfreies Deutschland und Europa bleibt unser Ziel, denn Gene und Pollen machen nicht an Länder- und Landesgrenzen halt. Die sogenannte Ko-Existenz ist zumindest bei Risiko-Pflanzen wie dem Raps mittelfristig unmöglich.

- **Unterzeichnung des Weltagrарberichts durch die Bundesregierung**

Der Weltagrарbericht (IAASTD) wurde im April 2008 von 60 Regierungen verabschiedet. Auf Initiative der Weltbank hatten sich UN-, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, führende Forschungseinrichtungen und Industrie gemeinsam auf 400 unabhängige Experten geeinigt. Diese evaluieren in ihrem Bericht die Bedeutung der Landwirtschaft für das Erreichen der globalen Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele. Im Ergebnis betonen die Forscher die Bedeutung bäuerlicher Landwirtschaft und indigenen Wissens für die Welternährung. Sie fordern eine „agro-ökologische“ Revolution und zweifeln an den Lösungsansätzen der Gentechnik- und der Agro-Energie-Lobby. Faire Handelsstrukturen und konsequenter Klimaschutz werden als Grundbedingungen einer zukunftsfähigen Weltgesellschaft herausgestellt. Unsere Nachbarstaaten Polen, Großbritannien und Frankreich haben den Bericht mit erarbeitet und unterzeichnet. Wir fordern die Bundesregierung auf, durch ihre Unterschrift ebenfalls ein Zeichen zu setzen und die Ergebnisse dieser einzigartigen Initiative in ihrer agrar- und entwicklungspolitischen Arbeit umfassend zu berücksichtigen.